Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

151 (1.7.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dutz, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 151 — Freitag, den 1. Juli 1932 — 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Der preußische Innenminister hat das vom Reichsinnenminister geforderte Verbot des „Vorwärts" und der „Kölnischen Volkszeitung" abgelehnt und die Entscheidung des Reichsgerichts angerufen.

*

Reichskanzler v. Papen wird für einige Tage nach Berlin zurückkehren.

*

Infolge einer Schlägerei zwischen politischen Gegnern an der Universität Berlin hat der Rektor die Schließung der Hochschulen bis Samstag angeordnet.

*

Die Lausanner Sechsmächtekonferenz befaßt sich mit der Ausarbeitung eines Berichtes für die endgültige Beschlußfassung; das entscheidende Ringen soll begonnen haben.

*

Die Reichsrichtzahl für die Lebenshaltungskosten beläuft sich für den Durchschnitt des Monats Juni auf 121,4 gegen 121,1 im Vormonat.

*

Der englische Schatzkanzler teilte im Unterhaus am Donnerstag abend den großen Konvertierungsplan für die 5 prozentige englische Kriegsanleihe mit. Es ist dies die größte Finanztransaktion, die bisher in der Welt vorgenommen worden ist.

Das Ringen in Lausanne

Die Entscheidung bevorstehend

Lausanne, 30. Juni. Das Bild der Konferenz von Lausanne scheint sich wie folgt darzustellen: Die Bemühungen um **eine Verständigung über die Annullierung der Reparationen** sind mit großem Eifer fortgeführt worden. Formulierungen wurden vorgeschlagen, aber eine Einigung bisher nicht gefunden, hauptsächlich, weil die Franzosen den Unsicherheitsfaktor Amerika ins Gewicht führen, der dadurch gegeben ist, daß Washington es bis nach den Präsidentenwahlen wiederholt und entschieden abgelehnt hat, sich irgendwie in diese finanzielle Auseinandersetzung Europas hineinziehen zu lassen. Die wiederholte Bezugnahme Macdonalds auf Amerika in seinem Bericht vor den sechs Mächten zeigt, daß auch er sich von dem französischen Einwand hat beeindrucken lassen.

Herriot kämpft um **eine Formel, die die vollständige Annullierung der Reparationen gewissermaßen von dem künftigen amerikanischen Verhalten abhängig macht,** und steht damit im Gegensatz mit dem Ziel der Konferenz, eine endgültige Regelung zu erreichen, und zu dem deutschen Bedürfnis nach dem coup d'eponge, der als grundlegende Bedingung für die Wiederherstellung von Vertrauen und wirtschaftlicher Wahlfahrt ist und deshalb nicht aus egoistischen Gründen von deutscher Seite unverändert gefordert wird. Der Ausgang dieses Ringens steht im Augenblick noch offen, doch scheint die Entscheidung nahe bevorzustehen.

*

Die Beseitigung der Diskriminierungen Deutschlands

Zu der von Reichskanzler von Papen in Lausanne aufgestellten Forderung auf Beseitigung der Diskriminierung Deutschlands durch den Versailler Vertrag wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß es sich um die **Bestimmungen der Teile V und VIII des Vertrages handelt, die die Entwaffnungs- und Reparationsklauseln einschließlich des Kriegsschuldartikels enthalten** und die uns vor allem in eine Position minderen Rechts hineingedrängt habe. Nur durch die Beseitigung dieser Diskriminierungen kann die Gleichberechtigung Deutschlands hergestellt werden. Wenn in der deutschen Erklärung auch von der Sicherheit gesprochen wird, so handelt es sich dabei keineswegs etwa um die Sicherheit irgend eines einzelnen Staats, sondern um die Herstellung der allgemeinen politischen Sicherheit in Europa. Nur unter diesen Voraussetzungen, so wird ausdrücklich betont, hat Reichskanzler von Papen die Bereitwilligkeit erklärt, einen **Beitrag zum Wiederaufbau Europas** zu leisten. **Es handelt sich bei diesem Angebot keineswegs um eine Leistung in irgend einer Form an Frankreich, sondern um einen Beitrag, der dem Wiederaufbau des darniederliegenden Europas dienen soll, und für den ausdrücklich als Voraussetzung die Gesundung der deutschen Wirtschaft genannt worden ist.** Ueber die Höhe dieses Beitrages ist noch nicht gesprochen worden.

Der Reichskanzler kommt nach Berlin

Berlin, 30. Juni. **Wie wir erfahren, ist damit zu rechnen, daß Reichskanzler von Papen Freitag oder Samstag für einige Tage nach Berlin zurückkehren wird, um dem Reichspräsidenten und dem Reichskabinett über den Stand der Dinge in Lausanne zu berichten. Ein genauer Termin für die Reise ist noch nicht festgesetzt.**

*

Wiederzusammentritt der Abrüstungskonferenz im Herbst

Genf, 30. Juni. Wahrscheinlich wird die Abrüstungskonferenz im Laufe des Juli ihre Arbeiten mit der Annahme einiger Beschlüsse über die Fragen, über die man sich bis dahin geeinigt hat, einstweilen beenden und dann in die Ferien gehen. Man spricht davon, daß die Konferenz ausgangs Oktober oder anfangs November wieder zusammentreten soll und daß in der Zwischenzeit ein Ausschuß die Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der Arbeit bis zum Herbst treffen soll.

Das Lausanner Ringen

Lausanne, 30. Juni. Die Konferenz des Büros, das sich ganz auf die **Frage der Reparationslösung** bezw. der finanziellen Probleme von Lausanne konzentriert, hat Donnerstag nachmittag um 14.45 Uhr wiederbegonnen. Nach etwa 1½ Stunden haben die beiden deutschen Minister, Finanzminister Graf Schwerin v. Krosigk und Staatssekretär v. Bülow, neuerdings die Sitzung im Hotel Beaurivage verlassen, um sich mit den übrigen deutschen Delegationsmitgliedern zu besprechen.

Aus den für die Außenwelt unzugänglichen Konferenzzimmern verlautet nur, daß man mit einer bis in die späten Nachtstunden andauernden Sitzung rechnet und sich bemühen will, noch **den Bericht für die sechs einladenden Mächte** — das ist die Form, in der man das Ergebnis von Lausanne in der Reparationsfrage umschreibt — **fertigzustellen.**

Herriot beim Kanzler

Lausanne, 30. Juni. In den Bemühungen um Herbeiführung einer Verständigung während der Sitzung des Büros ist soeben ein **vielbeachteter Schritt erfolgt,** indem Herriot am Sitz der deutschen Delegation eingetroffen ist, um dem Reichskanzler einen Besuch abzustatten. Gleichzeitig ist eine kurze Unterbrechung in den andauernden Verhandlungen des Büros eingetreten, die von den verschiedenen beteiligten Delegierten teils zu Besprechungen, teils zu einer Stärkung benutzt wird.

*

Die Verhandlungen in Lausanne. — Das französische Schlußangebot.

T.U. **Lausanne,** 30. Juli. Das „Büro" der Lausanner Konferenz, das den ganzen Donnerstag vormittag ohne die Vertreter Deutschlands getagt hatte, trat unmittelbar nach dem Frühstück um 14,30 Uhr wieder in den Gemächern des englischen Ministerpräsidenten zusammen. Graf Schwerin-Krosigk und Staatssekretär von Bülow nahmen anfänglich an der Sitzung teil, verließen jedoch um 17 Uhr die Sitzung und kehrten ins Savoy-Hotel zurück. Die Verhandlungen werden von den Engländern mit ungewöhnlicher Beschleunigung und Nachdruck geführt.

Die französische Regierung soll nach Mitteilung von unterrichteter französischer Seite jetzt folgenden Vorschlag gemacht haben: Die deutsche Regierung verpflichtet sich zu zwei Zahlungen. Die erste Zahlung erfolgt als Beitrag Deutschlands zu der vorgesehenen gemeinsamen Kasse sämtlicher Mächte für den Wiederaufbau Europas. Die zweite Zahlung gilt als Restzahlung Deutschlands für die Tribute und wird bei der Baseler B.I.Z. hinterlegt. Auf der Grundlage dieser zweiten deutschen Zahlung tritt die englische und französische Regierung an die amerikanische Regierung mit dem Vorschlag heran, diesen Betrag als die Abschlußzahlung Englands und Frankreichs für die gesamten interalliierten Schulden anzusehen. Die amerikanische Regierung würde damit im Falle der Annahme dieses Vorschlags ihre Forderungen an die englische und französische Regierung als erledigt betrachten. Sollte dagegen die amerikanische Regierung diesen Vorschlag ablehnen, so würde Deutschland weiterhin verpflichtet bleiben, an die europäischen Gläubigermächte diejenige Summe zu zahlen, die diese an die Vereinigten Staaten zu leisten haben.

Die französische Regierung verzichtet somit nach diesem Plan auf ihren „Ueberschuß" aus den deutschen Tributzahlungen, dem sogenannten „Solde nette".

Eine Bestätigung dieser Darstellung, die aus französischen Kreisen stammt, war bisher nicht zu erreichen. Diese Darstellung hat jedoch hohen Grad von Wahrscheinlichkeit für sich. Zweifellos sind im Laufe des Donnerstag verschiedene Angebote an die deutsche Regierung gemacht worden, die jedoch bisher von deutscher Seite nicht als tragbar angesehen worden sind. Die Verhandlungen werden zur Stunde weiter fortgeführt.

Deutschland lehnt die französischen Vorschläge in der Tributfrage ab.

T.U. **Lausanne,** 30. Juni. Die verschiedenen Vorschläge, die im Laufe des Donnerstag von der Gegenseite der deutschen Delegation unterbreitet worden sind, waren, nach Mitteilung von deutscher Seite, nicht geignete, das von Deutschland auf dieser Konferenz angestrebte Ziel der endgültigen Regelung der Tributfrage zu erreichen. Diese Vorschläge würden lediglich die gegenwärtig in der Welt bestehende Unklarheit und Unsicherheit verewigen und in keiner Weise zu der jetzt so dringenden Wiederherstellung des Vertrauens führen. Die deutsche Delegation war daher nicht in der Lage, sich auf die Linie dieser Vorschläge zu stellen.

Die Gläubigermächte treten im Laufe des Donnerstag abend von neuem zu einer internen Besprechung zusammen mit der Absicht, über einen einheitlichen gemeinsamen Vorschlag zu verhandeln. Diesen beabsichtigen die Gläubigermächte der deutschen Delegation vorzulegen, falls unter ihnen eine Einigung zustande kommen sollte. Die Gerüchte, nach denen von deutscher Seite ein Angebot oder ein Vorschlag erfolgt sei, werden auf deutscher Seite auf das Entschiedenste dementiert. Ueber die Abreise des Reichskanzlers ist noch keinerlei Entscheidung gefallen, jedoch wird er, falls er überhaupt einige Tage nach Berlin fahren sollte, nicht vor Samstag abend abreisen.

*

Herriots Standpunkt in der Tributfrage.

T.U. **Lausanne,** 30. Juni. Es bestätigt sich, daß die französische Regierung auf ihrer Forderung auf eine gleichzeitige gemeinsame Regelung des interalliierten Schulden- und des Tributproblems bestehe. Aus gutunterrichteten französischen Kreisen erfährt die Telegraphenunion, daß Herriot in den Besprechungen folgenden Standpunkt vertreten hat:

Die französische Regierung vertritt die Auffassung, daß eine endgültige Lösung der Tributfrage im Rahmen der gesamten Interessen sämtlicher Mächte gefunden werden kann. Sie kann unter keinen Umständen auf den Grundsatz des unlösbaren Zusammenhanges zwischen den interalliierten Schulden und der deutschen Tributfrage verzichten. Diese Auffassung werde auch von der englischen Regierung geteilt. Die beiden großen europäischen Gläubigermächte würden in dieser Haltung durch Mitteilungen von amerikanischer Seite bestärkt, nach denen die amerikanische Regierung eine vollständige Streichung der interalliierten Schulden nach wie vor ablehne. Die deutsche Forderung auf Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands in der Abrüstungsfrage sei sowohl von französischer Seite wie auch von englischer Seite als unannehmbar abgelehnt worden. Diese Frage könne ausschließlich im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz behandelt werden. Jedoch würde die französische Regierung sich bereit erklären, in die offizielle Schlußerklärung der Lausanner Konferenz den Wunsch auf eine gerechte Lösung des Abrüstungsproblems aufzunehmen, um damit in gewissem Sinne dem deutschen Standpunkt entgegen zu kommen. In den Besprechungen sei eingehend über die Frage der deutschen Abschlußzahlung, deren Höhe, Ausgabe u. Bedingungen zwischen den Gläubigerstaaten beraten worden. Die französische Regierung lege keinen Wert darauf, ob diese Summe nun 4, 5 oder 6 Milliarden betrage, halte jedoch an dem Grundsatz der Zahlungsverpflichtungen Deutschlands fest. Sollte die deutsche Regierung nicht in der Lage sein, sich mit Barzahlungen an dem „fonds commun" für den Wiederaufbau Europas zu beteiligen, so könnten statt dessen wirtschaftliche Vorteile, die Deutschland bieten könnte, angenommen werden.

*

Der interalliierte Gegenvorschlag wird ausgearbeitet.

T.U. **Lausanne,** 30. Juni. Das Büro der Konferenz tritt am Donnerstag abend um 20 Uhr unter dem Vorsitz des Präsidenten der Konferenz, Macdonald, ohne die Vertreter Deutschlands zu einer Sitzung zusammen, um über einen gemeinsamen Vorschlag an die deutsche Regierung zu beraten. Jedoch sind, wie verlautet, starke Schwierigkeiten in diesen Verhandlungen zutage getreten, sodaß mit dem baldigen Zustandekommen eines gemeinsamen Vorschlages der Gläubigermächte vorläufig nicht gerechnet wird. Sollte jedoch in den Nachtstunden zwischen den Gläubigern eine Einigung erzielt werden, so werden die deutschen Minister telephonisch ersucht werden, an der Sitzung des Büros wieder teilzunehmen, um den Vorschlag der Gegenseite entgegenzunehmen.

Die Lage bleibt nach wie vor unklar und unübersichtlich. Herriot wird noch in den Abendstunden nach Paris abreisen. Während seiner Abwesenheit wird die französische Regierung durch Germain Martin vertreten sein. Auf französischer Seite wird jetzt auch an der Möglichkeit positiver Lösungen auf der Konferenz gezweifelt und mit einer Vertagung der Konferenz gerechnet, über die jedoch endgültig erst Anfang der nächsten Woche entschieden werden soll. Dagegen zeigt man auf englischer Seite nach wie vor den für die englische Haltung typischen Optimismus und hält an der Auffassung fest, daß eine endgültige Regelung in der Tributfrage auf der Konferenz erreicht werden wird. Die optimistische Haltung der englischen Kreise erklärt sich zum großen Teil durch das weitgehende praktische Interesse, das England an einer endgültigen Regelung der Tributfrage hat, da die englische Regierung in erster Linie an der Sicherstellung der privaten Anleihen Englands in Deutschland interessiert ist.

*

Der Abschlußzahlungsvorschlag eine Anregung Amerikas?

T.U. **New-York,** 30. Juni. Nach Privatmeldungen soll der Vorschlag der Alliierten, der eine Gesamtabfindung für die Reparationen vorsieht, darauf zurückzuführen sein, daß Präsident Hoover auf Anraten Stimsons aus Paris, London, Paris u. Rom davon unterrichtet habe, daß die amerikanische Regierung abgeneigt sei, die Reparationen zu streichen, daß die amerikanische Regierung vielmehr irgend eine Abfindung unter irgend einem Namen befürworte, um die französische Oeffentlichkeit wegen der „Heiligkeit der bestehenden Verträge" zu beruhigen und um Deutschlands Gesicht zu wahren (To save the german face).

Es muß besonders darauf hingewiesen werden, daß diese Meldung aus privater Quelle stammt und von amtlicher Seite noch keine Bestätigung gefunden hat.

*

Lausanne im Auslandsurteil

Englische Pressestimmen

London, 30. Juni. Der Lausanner Korrespondent der „Morningpost" erklärt, gewisse Umstände deuteten darauf hin, daß die Konferenz **eine Wendung zum Besseren** nehme.

Der „Timeskorrespondent" hat den Eindruck, daß es sich bei dem deutschen Kommunique um eine erneute Darlegung der allgemeinen Richtung der deutschen Politik als um die Bezeichnung eines unmittelbar zu erreichenden politischen Zieles handele.

In einem Bericht an die „News Chronicle" drückt der in Lausanne weilende Sir Walter Layton die Ueberzeugung aus, daß gegenwärtig das letzte Kapitel der Geschichte der Reparationen geschrieben und daß für die Zukunft jede Gefahr ausgeschlossen werde, daß deutsche Reparationszahlungen wieder zu einer Quelle wirtschaftlicher oder politischer Störungen werden können.

„Financial Times" erklärt, die Hauptsache sei, daß Deutschland für eine unbegrenzte Periode keine Reparationen mehr bezahlen könne, und unter diesen Umständen sollten es die europäischen Staatsmänner angesichts der Gefahr eines Mißerfolges möglich finden, zu einer Vereinbarung zu kommen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Die Pariser Presse

Paris, 30. Juni. Der Sonderberichterstatter der Havasagentur in Lausanne will eine günstige Wendung feststellen können. Dieser Eindruck sei auch bei der französischen und der englischen Delegation zu verzeichnen gewesen. Obwohl über die gestrigen Verhandlungen größtes Stillschweigen bewahrt wird, glaubt der Sonderberichterstatter der Havasagentur doch mitteilen zu können, daß Macdonald unter Berufung auf den Bericht der Baseler Sachverständigen die Vertreter der Gläubigermächte gefragt habe, ob sie bereit wären, auf die ihnen aufgrund des Youngplanes zukommenden Annuitäten zu verzichten, damit Deutschland eine Pauschalsumme leisten könne. Sämtliche Gläubiger hätten sich für diese Lösung ausgesprochen. Jetzt handelt es sich darum, die Zustimmung Deutschlands zu erhalten, und um dies zu erleichtern, habe der gestern eingesetzte Konferenzvorstand sich abends bemüht, die **endgültige Pauschalziffer festzusetzen, die man von Deutschland fordern würde,** sowie die Modalitäten für einen Abkommensentwurf. Nach **französischer Ansicht** wäre Deutschland eine völlige Aussetzung seiner **Zahlungen für zwei oder drei Jahre zu gewähren, damit es Zeit habe, seine Wirtschaft wieder aufzubauen.** Nach dieser Frist würde Deutschland die Zahlungen für den Zinsen- und Amortisationsdienst des Pauschalbetrages, die die vom deutschen Staat garantierten und sofort der Bank für internationalen Zahlungsausgleich übergebenen Bonds darstellen, zu leisten haben. Dieser Pauschalbetrag würde als Grundlage für eine allgemeine Regelung der zwischen den Regierungen schwebenden Schulden dienen. Der größte Teil würde den Vereinigten Staaten zufallen.

„Journal" ist davon überzeugt, daß in Lausanne sich gestern ein Theatercoup vollzogen habe.

Ueber die Gründe für die Tendenz zum Besseren geht in der Presse ein Rätselraten an. Die Sonderberichterstatter lassen aber durchblicken, daß seit gestern von Leistung und Gegenleistung gesprochen werde. Die Rechtsblätter glauben, vor den ins Auge gefaßten Lösungen warnen zu müssen.

Der Industrie- und Handelstag zu den wichtigsten wirtschaftspolitischen Fragen

T.U. **Berlin,** 30. Juni. Der Vorstand des Deutschen Industrie- und Handelstages nahm zu den wichtigsten wirtschaftspolitischen Fragen u. a. wie folgt Stellung:

1. Die fortschreitendt Zerrüttung der deutschen Volkswirtschaft wie der Weltwirtschaft verlangt von den verantwortlichen Staatsmännern den Entschluß, die deutschen Kriegsentschädigungszahlungen als eine der Hauptursachen der Wirtschaftskrise aus der Welt zu schaffen, um so den natürlichen Mechanismus eines wirtschaftlich bedingten Zahlungsaustausches, sowie das Vertrauen wieder herzustellen. Auf dieser Grundlage müssen ferner sofort die notwendigen weitergehenden internationalen Maßnahmen auf währungs- und marktpolitischem Gebiet eingeleitet werden, um die Wiederherstellung eines freieren Warenaustausches zu erleichtern.

2. Für Deutschland ist eine auf Erhaltung und Steigerung der deutschen Fertigwarenausfuhr und in diesem Rahmen auf weltwirtschaftlichen Güteraustausch gerichtete Handelspolitik notwendig, da die Aufrechterhaltung und Steigerung der Fertigwarenausfuhr mehr Arbeitsgelegenheiten bietet als dies bei strenger Absperrung die ersatzmäßige Herstellung der Einfuhrgüter tun würde.

3. Neben dieser Notwendigkeit geht die der Förderung der Arbeitsbelebung im Inland. Hierfür bleibt es das Wichtigste, der Privatwirtschaft durch die Wahrung der innerpolitischen Ruhe und Ordnung, durch eine die Lebensnotwendigkeiten der Privatwirtschaft beachtende Wirtschaft — besonders auch Lohnpolitik und durch eine unter voller Sicherung der Währung auf Erleichterung der Kreditbeschaffung abzielende Bankpolitik die unerläßlichen Unterlagen produktiver Arbeit zu gewährleisten. Daneben wird die Förderung des Arbeitsdienstes und geeigneter Arbeiten auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Siedlung und Bodenverbesserung dringend empfohlen.

4. Angesichts der völligen Erschöpfung der Steuerkraft des deutschen Volks ist es umso dringender notwendig, endlich die Reformen auf dem Gebiete der Staatsverwaltung wie der Sozialversicherung durchzuführen.

Bei der ungeheuren Schwierigkeit, in der Wirtschaft zwischen notwendigen Entwicklungen und vermeidbaren Fehlerscheinungen zu unterscheiden, muß eine planmäßige staatliche Beeinflussung auf wichtige Ziele und auf die Mittel staatlicher Wirtschaftspolitik beschränkt bleiben.

Alpines. Die „Memminger Hütte" (2242 Meter) am unteren der drei Seebiseen in der Parseiergruppe der Lechtaler Alpen ist seit 20. Juni wieder bewirtschaftet und wird bis 20. September geöffnet bleiben. Talstation ist Bach (1060 Meter) im Lechtale (Nordtirol) an der Kraftwagenlinie Reutte-Zürs (Flexenpaß)-Langen am Arlberg.

Der neue rumänische Gesandte beim Reichspräsidenten.

M. Petrescu Comnen, der neue Gesandte Rumäniens, der schon einmal sein Land in der Reichshauptstadt vertrat, vor dem Reichspräsidentenpalais nach seinem Antrittsbesuch bei Hindenburg.

England konvertiert seine Kriegsanleihe

T.U. **London,** 30. Juni. Der Schatzkanzler Neville Chamberlain gab am Donnerstag abend im Unterhaus den großen Konvertierungsplan für die 5prozentige englische Kriegsanleihe bekannt, von der nunmehr 2 Millarden Pfund Sterling (etwa 30 Milliarden Mark) ausstehen. Chamberlain erklärte, die Regierung werde die Anleihe am 1. Dezember 1932 jedem zurückzahlen, der sich von heute in drei Monaten entschließe, den Antrag auf Zurückzahlung zu stellen. Alle Anträge müßten bis zum 30. September gestellt sein. Die Besitzer der Anleihe würden jedoch zu gleicher Zeit aufgefordert, die Anleihe zu anderen Bedingungen neu zu zeichnen und die Regierung hoffe, daß die große Masse der Anleihebesitzer der Aufforderung, die Anleihe weiter zu zeichnen folgen werde. Das Schatzamt werde in Uebereinstimmung mit den Ankündigungen des Prospektes den fälligen Teil der Anleihe am 1. Dezember 1932 zurückzahlen. Die wichtigsten Aenderungen sind folgende:

Die Zinsen werden vom 1. Dezember 1932 ab 3½ v. H. im Jahre betragen. Weiter wird die Regierung die Anleihe jederzeit nach dem 1. Dezember 1932 zurückzahlbar machen und ferner wird der Name in „3½ proz. Kriegsanleihe" umgeändert.

Die Zinsen werden nach wie vor ohne Einkommensteuerabzug gezahlt werden. Auch die weiteren Steuervorteile für die Anleihe werden bestehen bleiben. Anleihebesitzer, die die Absicht haben, weiter die Anleihe beizubehalten, werden einen Bonus von einem Pfund auf 100 Pfund ausgezahlt erhalten. Es ist dies die größte Finanztransaktion, die bisher je in der Welt vorgenommen worden ist.

Deutschland

Die Deutsche Reichsbahn im Mai 1932

Berlin, 30. Juni. Der Güterverkehr der Deutschen Reichsbahn erfuhr im Mai 1932 eine geringe, rein saisonmäßige Belebung. Auch der Personenverkehr war im ganzen etwas stärker als im Vormonat, er blieb jedoch bei der trostlosen Wirtschaftslage erheblich hinter dem Verkehr des vorjährigen Mai zurück. Die Einnahmen im Mai 1932 betrugen insgesamt 243,36 Millionen RM., während sich die Gesamtausgaben auf 312,57 Millionen RM. beliefen. Die Gesamteinnahmeausfälle von Januar bis Mai 1932 betragen gegenüber 1931 434,5 Millionen RM.

Severing lehnt ab

Berlin, 30. Juni. Der preußische Minister des Innern dürfte dem Antrag des Reichsinnenministers, den „Vorwärts" und die „Kölnische Volkszeitung" auf je fünf Tage zu verbieten, nicht entsprechen und Herrn von Gayl schriftlich eine entsprechende Begründung zukommen lassen. Die Entscheidung über das Verbot liegt dann beim Reichsgericht.

Die Berliner Universität wegen Prügeleien geschlossen

Berlin, 30. Juni. In der Berliner Universität kam es Donnerstag vormittag zwischen politisch gegnerisch eingestellten Studenten zu einer schweren Prügelei. Der Rektor hat die Universität für einen Tag geschlossen.

Berlin, 30. Juni. Bei den Krawallen an der Universität wurden, wie wir weiter erfahren, vier linksgerichtete Studenten erheblich am Kopf, ein weiterer leichter verletzt. Sie mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.

Am Nachmittag trat der Rektor der Universität mit den Führern der Studentenverbände zu einer Besprechung zusammen. Im Verlauf dieser Besprechung gaben die Vertreter der sozialdemokratischen, kommunistischen und der Studentengruppe der SAP., sowie die republikanische Sudentengruppe eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt, nach Ansicht der linksstehenden Gruppen seien bisher alle Zusammenstöße an der Berliner Universität durch nationalsozialistische Provokationen hervorgerufen worden. Die Führer der nationalsozialistischen Studenten erhoben die Forderung, daß die Juden die Universität räumen müßten. Die Universität wird bis Samstag geschlossen.

Einberufung des Ueberwachungsausschusses?

Berlin, 30. Juni. Mit der Einberufung des Ueberwachungsausschusses wird für Ende der nächsten Woche gerechnet. Der Vorsitzende, Abg. Strasser (NS.), will in den nächsten Tagen mit dem Direktor des Reichstags persönlich die Terminfrage klären. Zu der Rechtsfrage, ob der Ausschuß erst einberufen werden muß, wenn die Mehrheit der Parteien es verlangt, ist inzwischen eine neue interessante Feststellung getroffen worden. Man hat nämlich einen Beschluß gefunden, den der Ueberwachungsausschuß in seiner ersten Sitzung im Jahre 1921 einstimmig gefaßt hat, wonach der Ueberwachungsausschuß zusammentreten muß, wenn zwei Ausschußmitglieder es verlangen.

Ein Devisenschmuggler im D-Zug festgenommen

Cleve, 30. Juni. Im D-Zug Düsseldorf—Amsterdam wurde heute früh kurz vor Nymwegen ein Devisenschmuggler festgenommen. Mand fand bei ihm 18 000 Reichsmark in Tausendmarkscheinen.

Deutsch-schweizerische Abkommen über Devisenzuteilung für Erholungsreisende

Berlin, 30. Juni. Zwischen Vertretern der deutschen Regierung und dem schweizerischen Bundesrat ist in Bern eine Abmachung unterzeichnet worden, die eine Regelung der Devisenzuteilung für deutsche Erholungsreisende, die sich nach der Schweiz begeben, bezweckt. Diesen Reisenden wird **eine Zusatzgenehmigung von 500 RM. erteilt,** so daß sie über Devisen von monatlich insgesamt 700 RM. verfügen können. Für den Besuch schweizerischer Erziehungsinstitute wird dieser Betrag auf 500 RM. festgesetzt. Andererseits wird die Schweiz, gestützt auf den Bundesratsbeschluß über den Kompensationskehr **die Einfuhr von Kohlen, Koks und Briketts, sowie von Zucker und Malz aus Deutschland im bisherigen Ausmaße zulassen.** Ueber die weitere Regelung des Warenverkehrs werden am 7. Juli Verhandlungen in Berlin aufgenommen. Dieses Abkommen gilt für drei Monate, das heißt bis Ende September 1932.

Politische Zusammenstöße in Göttingen

Göttingen, 30. Juni. Nach einem Werbeumzug des Stahlhelms kam es abends zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten zu schweren Schlägereien, bei denen etwa zwanzig Personen verletzt wurden. Ein Reichsbannermann erlitt schwere Verletzungen durch Messerstiche.

Ausland

Wiener Professor versucht, den Rektor der Wiener Universität zu erschießen

Wien, 30. Juni. Während der Enthüllung eines Grabdenkmals auf dem Zentralfriedhof gab Professor Schneider von der Wiener Universität auf den neuen Rektor der Universität, Professor Abel, mit dem Rufe: „Jetzt wollen wir endlich abrechnen!" einen Schuß ab, der jedoch sein Ziel verfehlte. Als er zum zweiten Mal schießen wollte, wurde er von dem neben ihm stehenden Bürgermeister Seitz daran verhindert. Schneider wurde sofort festgenommen.

Tages-Anzeiger

Freitag, den 1. Juli.

Skala-Tonfilm-Theater: „Bomben auf Monte Carlo", 7 und 9 Uhr.

Hotel Krone: Damen-Vortrag, 8¼ Uhr.

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[47

Der Gerichtshof hatte verkündet, daß heute die Zeugenaussagen und die Beweisaufnahme beendet würden. Am anderen Tage sollten die großen Plädoyers beginnen.

In diesem Augenblick wurde dem Vorsitzenden eine Meldung überbracht. Ein Zeuge habe sich gemeldet, der eine wichtige Aussage zu machen habe in Ellinor Greys Prozeß.

Ein unscheinbar aussehender Mann mit rötlichem Spitzbart stand gleich darauf im Saal.

„Ihren Namen, bitte?"

„Ich ... ich kenne den Mörder der Lady Wilson."

Es war, als ob ein Sturm über den Saal hinfegte. Durch den Zuhörerraum ging es wie ein einziger Aufschrei, die Menge konnte sich kaum beruhigen, und der Vorsitzende mußte lange und anhaltend klingeln und mit Räumung drohen, ehe leidliche Ruhe eintrat.

Die Angeklagte war aufgesprungen und sah mit großen, ungläubigen Augen auf den Mann, der diese ungeheuerliche Aussage gemacht hatte.

Er schaute zu ihr herüber.

„Ich weiß, daß Sie unschuldig, daß Sie das Opfer eines Schurkenstreichs sind, Ellinor Grey!"

„Aber Sie, Sie sind doch nicht der Mörder der Lady Wilson. Charlie Hickson hat es getan, ich weiß es doch!"

Der Vorsitzende wandte sich ernst an den Zeugen.

„Darf ich Sie jetzt bitten, Ihre Aussage präzise zu machen."

Ganz mäuschenstill war es jetzt geworden, die Menschen wagten kaum zu atmen; lauschten angestrengt, um kein Wort von dem zu verlieren, was jetzt kommen, dem Prozeß vielleicht die sensationellste Wendung geben würde.

„Ich heiße Ralph Brown; aber das ist nur ein Scheinname, mein richtiger Name ist Jack Deen, und ich gehöre zu den gefürchtetsten und gesuchtesten Verbrechern der Welt. Charlie Hickson war mein vertrautester Freund und Kumpan.

Jeder von uns war Herr einer Bande, auf die er sich in allem verlassen konnte, die handelte und schwieg. Hickson und ich, wir hatten schon in Amerika zusammen gearbeitet; wir saßen auch zusammen in Sing-Sing. Endlich beschlossen wir, Amerika zu verlassen; der Boden war uns dort zu heiß geworden. Ich machte den Anfang, ging nach England; Charlie folgte bald darauf nach.

Beide hatten wir uns natürlich einen anderen Namen zugelegt und einen bürgerlichen Beruf; Charlie war als Kaufmann angemeldet, ich als Antiquitätenhändler. Wir setzten hier unsere verbrecherische Tätigkeit fort; unsere Bande arbeitete für uns wie ehedem — nur ganz große Sachen übernahmen wir selbst.

Ich hatte mich über die Angehörigen der großen Gesellschaft genau informiert; ich kannte sie alle, wußte, was bei ihnen zu holen war. Ich kannte auch die Verhältnisse der Lady Wilson, wußte vor allem um ihren märchenhaften Perlenschmuck, der uns schon lange in die Augen stach.

Wir wußten indes, daß schwer an die Lady heranzukommen war, daß sie einsam und zurückgezogen lebte, umgeben von alten, treuen Dienern, bei denen auch mit der größten Bestechung nichts auszurichten war.

Dann kam Ellinor Grey zu Charlie Hickson; er hatte sie aufgegabelt, in einer Winternacht am Themseufer. Hatte sich sofort in das hilflose, rührende Geschöpf verliebt und für sie gesorgt. Er hatte sie gleich mitgenommen in seine Wohnung. Dort sah ich sie, von einer ganz dunklen Ecke aus. Das Mädchen, das müde war und gleich in tiefen Schlaf verfiel, hatte mich nicht bemerkt.

Mein Plan war fertig. Ich teilte ihn Charlie mit. Planmäßig gingen wir von da an vor.

Ellinor wurde Charlies Geliebte. Nicht, daß er sie nicht gern gehabt hätte. Er hing sogar mit fanatischer Liebe an dem Mädchen, bewahrte sie mit grenzenloser Eifersucht als sein Eigentum. Das hinderte ihn jedoch nicht, unseren Plan weiter zu verfolgen. Ellinor sollte darin eigentlich ja nur eine untergeordnete Rolle spielen.

In einem armseligen Hause in Whitechapel wurde Ellinor Grey untergebracht. Dann gelang es uns, sie als Vorleserin zu Lady Wilson zu bringen.

Es ging, wie wir es vorausgesehen hatten. Ihre stille, bescheidene Art sagte der Lady zu, sie wurde ihre Vertraute, wußte im Hause Bescheid, bekam die Hausschlüssel.

Sie ahnte nicht, aus welchen Gründen Charlie sie ausfragte, und sie erzählte ihm alles, was er erfahren wollte. Ich selbst hielt mich im Hintergrunde, habe Ellinor Grey nie kennengelernt. Wir hielten das für besser, wenn wir später unseren Plan durchführen wollten.

Wir warteten auf den Zeitpunkt, an dem wir zur Tat schreiten wollten, hatten den sechsten März endlich festgelegt.

Am frühen Morgen des vierten März kam Charlie zu mir, in einem Zustand, wie ich ihn nie zuvor gesehen hatte. Seine Geliebte sei spurlos verschwunden, er wisse nicht, wo er sie suchen sollte.

Dann schwieg er einen Augenblick, wie erschöpft. Ich wartete auf das, was noch kommen sollte.

Charlie überlegte einen Augenblick, dann gestand er mir, leise und hastig. Er hatte Lady Wilson ermordet in dieser Nacht. Er wollte nicht mehr warten und er hatte mich gestern nicht mehr erreichen können. Er nahm Ellinors Schlüssel und schlich sich ins Haus. Kam in das Zimmer, in dem sich das versteckte Safe der Lady befand.

Noch während er arbeitete, im Schein seiner Blendlaterne, hörte er Schritte. Er konnte gerade noch die Laterne verlöschen, als sich die Tür öffnete. Lady Wilson trat ins Zimmer; durch die offene Tür kam der Lichtschein aus dem Schlafzimmer. Lady Wilson ging auf ein Tischchen zu, holte sich ein Buch. Sie sah sich nicht um, hatte Charlie nicht bemerkt. In diesem Augenblick war er mit einem Sprung hinter ihr, blitzschnell hatte sie einen Handschuh im Munde, als Knebel; im nächsten Moment saß ihr sein Messer zwischen den Rippen.

(Fortsetzung folgt.)